

Ä1 zu V-3: Sicherer Hafen Berlin: Zugangswege ermöglichen, Asylrecht bewahren

Antragsteller*innen Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Antragstext

Von Zeile 1 bis 4:

Bündnis 90/Die Grünen Berlin lehnen die Pläne der Bundesregierung ab, sogenannte verpflichtende Grenzverfahren unter haftähnlichen Bedingungen für Asylsuchende einzuführen ~~und~~ im Rahmen des EU-Asyl- und Migrationspakts die Rechte schutzsuchender Menschen massiv einzuschränken und anderen EU-Staaten wie Ungarn zusätzliche Möglichkeiten für Asylrechtsaushöhlung zu ermöglichen.

Begründung

Wichtig ist hier zu betonen, dass nicht nur die Möglichkeit zu Grenzverfahren deutlich erweitert wird, sondern dass alle Mitgliedstaaten verpflichtet werden, Grenzverfahren anzuwenden. Außerdem wird nicht nur das deutsche Asylrecht massiv eingeschränkt, sondern man erweitert auch die Möglichkeiten für Asylrechtseinschränkungen.

Unterstützer*innen

Fritz Marquardt (Friedrichshain-Kreuzberg), Jian Omar (KV Mitte), Julia Schneider (KV Pankow), Michael Sebastian Schweiß (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Catrin Wahlen (KV Treptow-Köpenick), Manon Antonacci (KV Friedrichshain-Kreuzberg)